

Niederschrift

Gremium	Sitzung - KRB/024(VII)/21			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Donnerstag, 16.09.2021	Hansesaal	17:00Uhr	Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 21.07.2021
- 4 Straßenbenennung Rose- Austerlitz- Ring DS0355/21
- 5 Straßenbenennung "Lange Trift" DS0378/21
- 6 Straßenbenennung „Bienenweide“ DS0396/21
- 7 Fahrradstraße in Cracau einrichten - Elberadweg erhalten und verbessern I0144/21

8	Die Arbeit der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit und Initiativfonds Gemeinwesenarbeit im Jahr 2020	I0160/21
9	Carsharing fördern - Verkehrsbelastungen reduzieren	I0180/21
10	Herausforderung Lieferverkehr	I0188/21
11	Ausrichtung eines stadtweiten Toiletten-Gipfels zur Erstellung eines nachhaltigen Toilettenkonzepts der Zukunft	A0085/21
11.1	Ausrichtung eines stadtweiten Toiletten-Gipfels zur Erstellung eines nachhaltigen Toilettenkonzepts der Zukunft	S0296/21
12	Einrichtung der Rotehornbahn	A0098/21
12.1	Einrichtung der Rotehornbahn	S0244/21
13	Sicherheitskonzept für die Magdeburger Innenstadt	A0110/21
13.1	Sicherheitskonzept für die Magdeburger Innenstadt	S0330/21
14	Steuerbefreiung für aus dem Tierheim erworbene Hunde	A0116/21
14.1	Steuerbefreiung für aus dem Tierheim erworbene Hunde	S0280/21
15	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Kornelia Keune

Mitglieder des Gremiums

Hagen Kohl

Olaf Meister

Tim Rohne

Roland Zander

Sachkundige Einwohner/innen

Frank Stiele

Geschäftsführung

Britta Becker

Carola Schumann

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Hans-Joachim Mewes

Sachkundige Einwohner/innen

Benjamin Dietrich

Armin Minkner

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und begrüßt die Stadträte und Stadträtinnen sowie die Vertreter der Verwaltung und Gäste. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Über die Tagesordnung wird wie folgt abgestimmt:

4 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

3. Genehmigung der Niederschrift vom 21.07.2021

Über die Niederschrift der Sitzung vom 21.07.2021 wird wie folgt abgestimmt:

3 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

4. Straßenbenennung Rose- Austerlitz- Ring
Vorlage: DS0355/21

Über die Drucksache wird wie folgt abgestimmt:

4 Ja-Stimmen
0 Nein—Stimmen
0 Enthaltungen

5. Straßenbenennung "Lange Trift"
Vorlage: DS0378/21

Über die Drucksache wird wie folgt abgestimmt:

4 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

6. Straßenbenennung „Bienenweide“
Vorlage: DS0396/21
-

Über die Drucksache wird wie folgt abgestimmt:

4 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

7. Fahrradstraße in Cracau einrichten - Elberadweg erhalten und verbessern
Vorlage: I0144/21
-

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

8. Die Arbeit der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit und
Initiativfonds Gemeinwesenarbeit im Jahr 2020
Vorlage: I0160/21
-

Frau Schumann kritisiert, dass die GWA-Termine in Ottersleben immer um 12.0 Uhr stattfinden, wo keiner der arbeitenden Bevölkerung teilnehmen kann. Es führt kein Weg hinein, um eine Zeitverschiebung zu bewirken.

Herr Meister kann die Kritik verstehen. Vielleicht müsste es einen Stadtratsantrag geben, wo die Uhrzeit vorgeschrieben wird.

Frau Schumann schlägt vor, dass sich alle noch einmal zusammensetzen und eine Einigung finden.

Frau Stach, V/02, informiert, dass die GWA's von der Verwaltung bezüglich der Uhrzeitkoordinierung angeschrieben wurden. Es gab jedoch keine Rückmeldung. Die Verwaltung konnte hier bislang auch nichts bewirken.

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

9. Carsharing fördern - Verkehrsbelastungen reduzieren
Vorlage: I0180/21
-

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

10. Herausforderung Lieferverkehr
Vorlage: I0188/21
-

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

11. Ausrichtung eines stadtweiten Toiletten-Gipfels zur Erstellung eines nachhaltigen Toilettenkonzepts der Zukunft
Vorlage: A0085/21
-

Frau Schumann versteht das Ansinnen. Sie findet die Idee gut.

Herr Meister findet die Idee der Verwaltung zur Erarbeitung eines Toilettenkonzeptes für gut.

Herr Rohne ist der Auffassung, dass das Thema vielleicht etwas zu viel dramatisiert wird. Die Behandlung sollte nur im zuständigen Ausschuss erfolgen.

Herr Zander vertritt die Meinung, dass gerade der Stadtrat sich mit dieser Problematik beschäftigen sollte. Er hätte sich gern eine Stellungnahme von Touristenführer*innen gewünscht.

Herr Meister stellt folgenden Änderungsantrag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum 2. Quartal 2022 den Entwurf eines Toilettenkonzeptes vorzulegen. Die Öffentlichkeit (z.B. Touristinformation, Stadtführer*innen) soll bei der Erarbeitung einbezogen werden.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis zum Antrag A0085/21 in geänderter Form:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

- 11.1. Ausrichtung eines stadtweiten Toiletten-Gipfels zur Erstellung eines nachhaltigen Toilettenkonzepts der Zukunft
Vorlage: S0296/21
-

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

12. Einrichtung der Rotehornbahn
Vorlage: A0098/21

Frau Keune informiert, dass Sie die Verwaltung mündlich gerügt hat, dass zur letzten Sitzung des Ausschusses niemand anwesend war.

Herr Zander bringt den Antrag ein.

Herr Heine, Amt 61, äußert, dass es bereits eine Buslinie gibt, die den Stadtpark anbindet. Weiterhin gibt es die Fähre, die genutzt werden kann. In Höhe der Wasserfallrücke gibt es keine Anbindung. Das Aufkommen für die Nutzung ist hier jedoch sehr gering.

Frau Schumann hält die Idee des Antrages für gut. Der Betreiber muss ja nicht die MVB sein. Im Elbauenpark gibt es auch einen anderen Betreiber. Sie hält es für ratsam von dem Betreiber einmal Erfahrungen und Zahlen zu erhalten. Sie könnte sich auch gut eine Minibahn vorstellen. Im Kulturausschuss wurde der Antrag zurückgestellt, um ihn noch etwas zu modifizieren.

Herr Meister hat gewisse Zweifel an dem Antrag. Er kann sich nicht vorstellen, dass die Sache kostendeckend ist.

Herr Zander wird den Antrag noch etwas verfeinern. Es muss ja kein Bus sein, eine kleine Bahn wäre ausreichend.

Herr Heine legt dar, dass das touristische Angebot etwas anderes ist, als der ÖPNV. Hier sollte die MVB nicht mit einbezogen werden. Vielleicht sollte die MVGM einbezogen werden.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

12.1. Einrichtung der Rotehornbahn
Vorlage: S0244/21

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

13. Sicherheitskonzept für die Magdeburger Innenstadt
Vorlage: A0110/21

Herr Rohne bringt den Antrag ein.

Herr v. Baur macht Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung. Fazit ist, dass die Verwaltung das Jahr 2022 abwarten möchte.

Herr Zander ist der Auffassung, dass kein Sicherheitskonzept für die Innenstadt, sondern für die gesamte Stadt, benötigt wird.

Herr Rohne äußert, dass der zweite Satz des Antrages ja nicht nur die Innenstadt beinhaltet, sondern nahen Bereich der Innenstadt. Das Konzept von 1999 ist einfach nicht mehr das Neueste.

Herrn Kohl kommt der Bereich öffentliche Ordnung in der Stellungnahme der Verwaltung etwas zu kurz. Er äußert, dass jede zweite Straßenlaterne z.B. am Hasselbachplatz mit polizeifeindlichen Sprüchen beklebt ist. Wieso entfernt das Ordnungsamt diese nicht.

Herr v. Baur informiert, dass es eine Vereinbarung zwischen dem Ordnungsamt und der Polizei gibt. Im Jahr 2022 entscheidet sich, wie es hier weitergeht.

Der Bereich öffentliche Ordnung beinhaltet Anstalt, Sitte und Moral. Die Sauberkeit fällt in den Bereich öffentliche Sicherheit.

Für die Straßenlaternen ist z.B. das Dezernat VI zuständig. Hier fallen auch finanzielle Kosten an.

Herr Meister fragt nach, was für ein Zeitraum für die Erarbeitung des Konzeptes angedacht ist.

Herr v. Baur informiert, dass der Zeitraum schwer zu definieren ist. Er schätzt so ca. Ende 2022.

Frau Schumann äußert, dass im Antrag kein Termin steht. Dies sollte bei der Einbringung des Antrages auch gesagt werden. Der Stadtrat sollte auch einmal überlegen, was der Stadt die Ordnung und Sicherheit wert ist, trotz der angespannten Haushaltslage.

Herr Kohl findet die Idee von Frau Schumann gut.

Herr Meister stellt sich die Frage, ob der Antrag hier hilft. Das Thema ist aber wichtig und richtig. Er schlägt vor, den kriminalpräventiven Beirat in den Ausschuss einzuladen.

Die Ausschussmitglieder finden den Vorschlag von Herrn Meister gut.

Abstimmungsergebnis:

2 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

13.1. Sicherheitskonzept für die Magdeburger Innenstadt
Vorlage: S0330/21

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

14. Steuerbefreiung für aus dem Tierheim erworbene Hunde
Vorlage: A0116/21

Frau Schumann bringt den Antrag ein.

Herr Meister ist nicht ganz von der Sache überzeugt. Er sieht hier keinen Effekt. Er neigt zur Ablehnung des Antrages.

Herr Rohne äußert, dass der Antrag vielleicht falsche Anreize setzt. Vielleicht sollte der Antrag um den Passus erweitert werden, dass es um Tiere geht, die in den letzten 6 – 12 Monaten nicht vermittelt werden konnten.

Frau Schumann sieht erst einmal das Positive in der Sache.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung

14.1. Steuerbefreiung für aus dem Tierheim erworbene Hunde
Vorlage: S0280/21

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

15. Verschiedenes

Herr Kohl fragt nach, wieviel Ordnungswidrigkeitsverfahren bezüglich Wahlwerbung in Fußgängerzonen eingeleitet wurden. Er äußert, dass in Höhe Hundertwasserhaus eine Partei Aufkleber auf dem Fußboden angebracht hat. Ist dies zulässig?

Herr v. Baur informiert, dass die Stadt jetzt in den letzten Zügen ist, was die Ordnungswidrigkeitsverfahren zur Landtagswahl betrifft. Er äußert, dass die Stadt auffordert, die Plakate zu entfernen, wenn sie verkehrsbehindernd sind. Zu den Aufklebern kann er jetzt nichts sagen. Er wird dies prüfen.

Herr Zander würde gern wissen, welche Verfahren gegen welche Partei eingeleitet wurden. Hier sollte eine Information im nichtöffentlichen Teil an den Ausschuss erfolgen.

Herr v. Baur nimmt die Sache mit.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Kornelia Keune
Vorsitzende

gez. Britta Becker
Schriftführerin